



Versorgung von Menschen ohne legalen Status' vom 22.06.2001), dass die Stadt Karlsruhe in Zusammenarbeit mit dem Städtischen Klinikum Kontakt zu der Initiative MediNetz in Freiburg aufnimmt. Die Initiative vermittelt medizinischen Dienstleistungen an Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Ca. 50 Ärzte haben sich dort bereit erklärt, Patient/innen therapeutisch zu behandeln, obwohl diese nach geltender Rechtslage hierauf keinen Anspruch haben. Diese Vorgehensweise hat sich mittlerweile als praktikabel und sehr hilfreich für die betroffenen Menschen erwiesen. Die Stadtverwaltung hatte auf unseren Antrag von 2001 hin eine Informationsveranstaltung unter Mitwirkung von MediNetz schriftlich zugesichert, diese Zusicherung bedauerlicherweise aber nicht eingehalten. Deshalb kommen wir, angeregt durch das ‚Manifest Illegale Zuwanderung‘ (s. Punkt 2.) auf unser damaliges Anliegen zurück. Wir schlagen vor, dass sich zunächst der Ausländerbeirat als zuständiges gemeinderätliches Gremium mit der Situation der in Karlsruhe lebenden Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus befasst. Mit im Vordergrund sollte dabei die Sicherstellung einer umfassenden medizinischen Versorgung stehen. Weitere Initiativen auf kommunaler Ebene zur Verbesserung der Lebensbedingungen von bei uns lebenden Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus sollten sich anschließen.

Zu Punkt 2:

Das Manifest ‚Illegale Zuwanderung‘ (siehe Anlage) fordert dazu auf, sich in einem breiten öffentlichen Diskurs der humanitären Probleme anzunehmen, denen Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus ausgesetzt sind. Es wurde bereits von den Oberbürgermeistern zahlreicher deutscher Städte, u. a. Stuttgart, Freiburg, München, Nürnberg, Augsburg und Leipzig unterzeichnet. Karlsruhe als Residenz des Rechts, fühlt sich in besonderer Weise den elementaren Menschenrechten verbunden. Unsere Stadt könnte diesen Anspruch durch Unterstützung des ‚Manifestes Illegale Zuwanderung‘ bekräftigen.

gez. Dr. Gisela Splett  
gez. Bettina Lisbach  
gez. Andreas Ruthardt

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
11. November 2005

Anlage:

Stellungnahme:

